

21.08.2007 / Schwerpunkt / Seite 3

»Auch Schäuble sollte die Verfassung achten«

Todesschüsse auf potentielle Terroristen gefordert, Tornado-Jets und Bundeswehrpanzer gegen Demonstranten eingesetzt - der Bundesinnenminister verläßt immer häufiger den Boden des Grundgesetzes. Ein Gespräch mit GdP-Chef Konrad Freiberg

Markus Bernhardt

Konrad Freiberg ist Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP)

In der vergangenen Woche wurden drei deutsche Polizeibeamte bei einem Anschlag in Afghanistan getötet. Was haben deutsche Polizisten am Hindukusch zu suchen?

Sie haben unter anderem die Aufgabe, das deutsche Konsulat und den deutschen Botschafter dort zu schützen. Das ist weltweit die Aufgabe der Polizei. Speziell in Afghanistan haben wir zudem die Aufgabe, beim Aufbau der dortigen Polizei zu helfen.

Halten Sie es politisch für richtig, daß deutsche Polizisten fernab des Objektschutzes in Afghanistan tätig sind?

Grundsätzlich ja. Der Einsatz in Afghanistan kann jedoch nur einen bestimmten Umfang haben, weil wir nicht dazu in der Lage sind, größere Kontingente zur Verfügung zu stellen. Um es jedoch klar zu sagen: Wir wollen dort polizeiliche Aufgaben wahrnehmen und sind nicht Teil einer Bürgerkriegspartei.

Sehen Sie nicht die Gefahr, daß es durch derartige Einsätze zu einer schleichenden Militarisierung der Polizei kommt?

Die Gefahr besteht zweifellos. Deswegen sind wir auch für eine klare Grenzziehung zwischen Polizei und Militär. *Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) fordert, die Polizei bei Auslandseinsätzen ähnlich auszustatten wie die Bundeswehr. Sehen Sie Handlungsbedarf?*

Wir sind bisher - beispielsweise bei Einsätzen der Polizei im ehemaligen Jugoslawien - immer davon ausgegangen, daß die jeweilige Einsatzdauer zeitlich beschränkt ist. Hier müssen wir uns offenbar umstellen. Wir müssen jetzt alle Auslandseinsätze und die jeweilige Sicherheitslage neu bewerten und die Ausbildung, Rekrutierung und auch die Ausrüstung der Beamten auf den Prüfstand stellen und den geänderten Rahmenbedingungen anpassen.

Deutsche Soldaten sind mittlerweile nicht mehr nur im Ausland im Einsatz, sondern waren auch im Rahmen des G-8-Gipfels im Inland aktiv.

Das haben wir ganz massiv kritisiert. In Sachen G-8-Gipfel ist ganz klar eine Grenze überschritten worden. Es kann keinen Grund geben, weshalb Tornados in einer Höhe von knapp über 100 Metern über Menschen hinwegfliegen. Übrigens haben wir auch andere Aspekte dieses Einsatzes der Bundeswehr kritisiert. Hier dürfen keine Grauzonen entstehen, sondern es muß Klartext gesprochen werden.

Sie lehnen Bundeswehreinsätze im Innern also weiterhin konsequent ab?

Ja. Ganz ausdrücklich. Eine Vermischung von innerer und äußerer Sicherheit, von Polizei und Bundeswehr wäre fatal. Dies gilt natürlich nicht für Unterstützungen im Rahmen der Amtshilfe.

Die Deutsche Polizeigewerkschaft wird Ihnen jetzt vermutlich wieder einmal »linksliberale Reflexe« unterstellen ...

Die DPoIG kommt immer mit Forderungen, die außerhalb der Realität sind; sie sollte sich besser mit sich selbst

beschäftigen. Ob diese Gewerkschaft unsere Ansichten als »linksliberale Reflexe« bezeichnet oder nicht, ist für mein Leben jedenfalls nicht prägend.

Im sogenannten Kampf gegen den Terror prescht Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) nahezu täglich mit Forderungen nach weiteren Gesetzesverschärfungen vor. Findet die von ihm erhobene Forderung nach einer Online-Durchsuchung privater Computer Ihre Zustimmung?

Wir sind diesbezüglich noch in der Meinungsfindung. Klar ist jedoch, daß wir derartige Maßnahmen unterlassen müssen, wenn die Mehrheit der Bevölkerung sie ablehnt. Hinzu kommt, daß die Online-Durchsuchung eine verdeckte Maßnahme ist, für die es gute Gründe geben muß. Die Politik sollte nun erst mal alle Karten auf den Tisch legen. Erst wenn das geschehen ist, werden wir uns endgültig positionieren.

Schäuble hat zudem die gezielte Tötung vermeintliche Terroristen ins Gespräch gebracht. erinnert diese Forderung nicht an staatsterroristische Regime?

Ich halte diese Forderung überhaupt nicht für rechtsstaatlich und halte auch diese Diskussion für fatal. Wir haben genaue Gesetze, die regeln, unter welchen Umständen der Staat etwas darf. Auch der Gebrauch von Schußwaffen ist eindeutig geregelt. Darüber hinaus brauchen wir keine weitere Diskussion. Wir haben wirklich klare Gesetze, wie man mit bestimmten Situationen umzugehen hat, daran sollte auch nicht immer wieder gerüttelt werden.

Ist es nicht an der Zeit, daß der Innenminister abtritt?

Das ist für mich nicht der entscheidende Punkt. Mir ist wichtig, daß wir gerade in Fragen der inneren Sicherheit seriös bleiben, nicht mit den Ängsten der Menschen spielen und nicht versuchen, diese für politische Zwecke auszunutzen. Ein Verfassungsminister sollte sich zudem auch im Rahmen der Verfassung bewegen.

Im Vorfeld des G-8-Gipfels kam es auf Grundlage des Paragraphen 129a (»Bildung einer terroristischen Vereinigung«) zu Hausdurchsuchungen, die sich gegen potentielle G-8-Kritiker gerichtet haben. Inwiefern haben diese staatlichen Kriminalisierungsversuche die Gewalt bei den Gipfelprotesten beflügelt?

Wir haben heftig kritisiert, daß die Politik der Öffentlichkeit nicht ausreichend erklärt hat, weshalb sie die damaligen Maßnahmen - also die Demonstrationsverbote, die Razzien oder auch die Zaunanlage - für notwendig erachtet hat. Eben dieses Vermitteln derartiger Maßnahmen ist aber dringend erforderlich und vor allen Dingen Aufgabe der Politik.

Auch aktuell nutzt die Bundesanwaltschaft den Paragraphen 129a, um gegen die linke Szene vorzugehen. Bundesinnenminister Schäuble plant gar eine Ausweitung dieses Schnüffel-Paragraphen.

Dieser Paragraph wird von vielen Seiten kritisiert. Das ist mir durchaus bekannt. Viele bemängeln, daß der Paragraph 129a von der Polizei oft herangezogen wird, um besondere Maßnahmen durchzuführen. Wir sehen auch in der Rechtsprechung, wie schwierig es ist, Vorwürfe nach 129a zu beweisen. Daher denke ich, daß es an der Zeit ist, diesen Paragraphen neu und vor allem konkreter zu fassen.

Haben Sie es eigentlich als demokratisch empfunden, daß sich die politisch Verantwortlichen der G-8-Staaten in Heiligendamm hinter dem Zaun verschanzt haben?

Das ist eine schwierige Frage. Ich glaube, wir müssen akzeptieren, daß die Politiker der G-8-Staaten zu Beratungen zusammenkommen. Wir als Polizei haben dann die Aufgabe, derartige Treffen abzusichern. Ich sage aber ausdrücklich, daß die Demonstranten die Möglichkeit haben müssen, ihren Protest deutlich zu artikulieren. Man darf vor allem jungen Menschen nicht den Eindruck vermitteln, daß der Staat Proteste verhindern möchte. Als Gewerkschafter freue ich mich, wenn gerade junge Leute ihren Protest deutlich artikulieren und mit vielen Zuständen auf dieser Welt nicht einverstanden sind.

Das sind schöne Worte. Das Gros der damaligen Demonstranten dürfte eher den Eindruck gewonnen haben, daß der Staat versucht hat, die Proteste mit repressiven Mitteln massiv zu behindern.

Die Politik muß natürlich immer aufpassen, daß sie die Menschen nicht vor den Kopf stößt und sie in eine Richtung treibt, in der wir sie nicht haben wollen. Das ist natürlich in bezug auf den G-8-Gipfel eine große Gefahr gewesen. Wir müssen den Menschen deutlich machen, daß der Staat nicht durch Repression verhindern will, daß die demokratischen Rechte in Anspruch genommen werden. In letzter Zeit ist das Erklären von sicherheitspolitischen Maßnahmen jedoch deutlich zu kurz gekommen. Ich würde zum Beispiel lieber auf

Gesetze verzichten, deren Akzeptanz in weiten Teilen der Bevölkerung nicht gewährleistet werden kann.

Weite Teile der Bevölkerung akzeptieren beispielsweise auch die verbrecherische Politik des US-Präsidenten George W. Bush nicht. Trotzdem schirmen deutsche Polizisten ihn rigoros vor Protesten ab und schaffen damit demokratiefreie Zonen.

Der amerikanische Präsident ist jemand, der bei uns in seinem politischen Wirken weitestgehend auf Ablehnung stößt. In meiner Funktion als Polizist kann ich jedoch nicht auswählen, wen ich schützen will und wen nicht.

Ähnlich ist es ja im Alltag bei NPD-Demonstrationen. Das heißt, man muß etwas schützen - in diesem Fall nicht die NPD, sondern das Demonstrationsrecht - weil die Gesetze so sind, wie sie sind. Man kann sich als Polizist nun mal nicht aussuchen, was man gerne machen würde.

Können Sie junge Menschen oder auch Holocaust-Überlebende verstehen, die mit allen Mitteln versuchen, Aufmärsche der Neofaschisten zu verhindern?

Sobald sie das mit Gewalt versuchen, nicht. Ich verstehe wirklich die Verletztheiten, sich derartige Aufmärsche anschauen zu müssen. Wer aber Gewalt gegen die Rechten anwendet, nützt diesen Personen eher noch. Die Rechtsextremen können sich dann nur allzu leicht als Opfer gerieren. Klar ist jedoch: Wir dürfen den Neonazis keinen Raum lassen und müssen überall die Stimme erheben, wo die Rechten auftauchen.

Tut die Politik zu wenig gegen den stetig erstarkenden Neofaschismus?

Ausdrücklich ja. Wir haben zum Beispiel seit Jahren steigende Zahlen an neofaschistischen Gewaltdelikten. Wir schauen jedoch immer erst dann hin, wenn etwas besonders Schlimmes passiert, sind erschrocken und begeben uns dann ins Alltagsgeschäft zurück. Das reicht nicht aus! Es reicht auch nicht, neue Gesetze zu verabschieden oder mehr Polizei einzusetzen. Das ist zwar auch notwendig, gefordert ist jedoch maßgeblich das Engagement der gesamten Gesellschaft. Insofern tragen wir alle Verantwortung.

Wären Sie also auch für ein erneutes NPD-Verbotsverfahren?

Ein neuerliches Verbotsverfahren würde bei uns auf Sympathie stoßen. Wir haben ein Verbot der NPD schon gefordert, als noch kaum jemand anders daran gedacht hat. Wir wollen zum einen das Signal senden, daß die NPD eben keine normale Partei ist. Vor allem ist für mich jedoch unerträglich, daß wir alle diese Partei auch noch über unsere Steuergelder finanzieren. Ich sehe natürlich auch die juristischen Schwierigkeiten, ein neues Verfahren einzuleiten. Wir sollten jedoch alle juristischen Möglichkeiten prüfen, um auf jeden Fall zu einem erfolgreichen Verbotsverfahren zu kommen. Diesbezüglich gibt es aber natürlich noch Debattenbedarf um den richtigen Umgang mit den eingesetzten V-Leuten, an denen das letzte Verfahren ja bekanntlich gescheitert ist.